

Marzahn- Hellersdorf **links**

DIE LINKE. Bezirksverband Marzahn-Hellersdorf • Informationsblatt

„Fred-Löwenberg-Platz - seit April gibt es einen nach dem Antifaschisten benannten Platz in unserem Bezirk ... **Seite 2**
Petra Pau: Fair wohnen und mehr - was es mit einer neuen Wohnungsgenossenschaft auf sich hat **Seite 2**

Vom alltäglichen Wahnsinn mit „Hartz IV“ - unsere Reihe diesmal zum Thema „Sanktionen“ und was sie bedeuten **Seite 3**
Aktuelles aus BVV und Bezirksvorstand / Neues aus dem Heimatverein Marzahn-Hellersdorf **Seiten 4**

Aus den Siedlungsgebieten: Zwischen Balzerplatz und Wuhlewanderweg **Seite 6**
Die Jugendseite: „Gute Noten in der Schule - schlechte Chancen im Beruf?“ **Seite 7**
Veranstaltungstipps und Termine im Überblick auf **Seite 8**

Auf den Punkt gebracht.

Berlin zeigt: Sozial geht nur mit der LINKEN

Seit fünf Monaten ist die rot-schwarze Landesregierung in Berlin im Amt. Und schon zeigt die SPD, dass sie sozial nur zusammen mit der LINKEN kann.

Eine erste Bilanz der SPD-CDU-Regierung in Berlin (November 2011 - April 2012): Die Privatisierung der S-Bahn ist fast schon beschlossene Sache, eine teure und überflüssige Autobahn wird gebaut, das Land Berlin tritt nicht mehr für den Mindestlohn ein, der öffentlich geförderte Beschäftigungssektor (ÖBS), in dem Menschen existenzsichernd beschäftigt waren, wird zerschlagen, gegen die zunehmende Verdrängung von Menschen mit geringen und mittleren Einkommen aus den Innenstadtbezirken unternimmt der Senat nichts und verschärft sie durch die neue Rechtsverordnung Wohnen noch, in der Rechts-, Innen- und Integrationspolitik droht ein Rollback.

Einige rot-schwarze Missetaten im Einzelnen:

- Der Senator für Verbraucherschutz (CDU) musste schon nach 12 Tagen seinen Hut nehmen, nachdem herausgekommen war, dass er als Mitternachtsnotar betrügerische Immobiliengeschäfte in windiger Art und Weise beurkundet hatte.
- Der S-Bahn droht die Privatisierung, wenn der Betrieb ausgeschrieben wird. Das passiert, wenn sich Wowereit in der SPD durchsetzt. Die Möglichkeit zur direkten Vergabe an ein kommunales Unternehmen wird damit vertan.
- Obwohl die Probleme bei der S-Bahn nicht gelöst sind, werden die Fahrpreise im Nahverkehr erhöht.
- Dass der Senat sich für eine Rekommunalisierung der Berliner Wasserbetriebe einsetzt, ist nicht erkennbar. Tatenlosigkeit auch im Zusammenhang mit der Aufforderung des Bundeskartellamts zur Senkung der Wasserpreise.
- Der Senat ist bereit, die teuerste Autobahn der Republik zu bauen (Verlängerung der Stadtautobahn A100); dadurch wird es zu ökologischen Schäden kommen, ohne dass sich die Verkehrssituation grundlegend verbessert.

- SPD und CDU sind nicht bereit, Menschen, die öffentlich geförderte Arbeit verrichten, zu 8,50 Euro Mindestlohn zu beschäftigen. Der öffentlich geförderte Beschäftigungssektor (ÖBS) von Rot-Rot, bei dem die Arbeit zum



Beispiel als Stadtteilmütter, Kiezlotsen oder Gemeindedolmetscher existenzsichernd war, wird nicht weitergeführt.

- Das Land Berlin kann im Bundesrat nicht mehr für einen gesetzlichen Mindestlohn eintreten, die CDU blockiert.
- SPD und CDU haben kein Konzept für den

Wohnungsneubau. Statt auf die städtischen Wohnungsbaugesellschaften setzt der Senat auf privatwirtschaftlich Wohnwirtschaft - für Geringverdiener sind die Wohnungen unbezahlbar; selbst für Normalverdiener wird es schwierig.

- Der Senat unternimmt nichts gegen die fortschreitende Zweckentfremdung von Wohnungen als Ferienwohnungen.
- Die Kosten der Unterkunft für Hartz-IV-Behringende und Menschen in Grundsicherung wurden auf so niedrigem Niveau angepasst, dass in Zukunft Zehntausende mit Zwangsumzügen rechnen müssen. Die Wohnungen, für die der Senat mehr Geld geben will, gibt es gar nicht.
- Der Senat hat kein erkennbares Interesse an Frauen in Führungspositionen. Frei gewordene Aufsichtsratsposten in Wohnungsgesellschaften wurden wieder mit Männern besetzt.
- Der Integrationsbeauftragte der Berliner Regierung hat seinen Job geschmissen - offensichtlich aus Frust über die neue rot-schwarze Landesregierung.
- Die SPD-CDU-Koalition will die Haushaltsmittel für die »Rückkehrberatung« erhöhen: Statt Integration zu fördern, wird Geld dafür aufgewendet, Menschen den Weg aus Deutschland zu weisen.
- Das Flughafen-Asylverfahren am neuen Flughafen »Willy Brandt« wird von der SPD-CDU-Regierung nicht in Frage gestellt; die rot-roten Brandenburger Regierungsfractionen fordern dagegen die Abschaffung des Flughafenverfahrens.
- Der Berliner Senat unternimmt nichts dagegen, dass in großem Umfang Funkzellen-Abfragen über alle Handys durchgeführt werden.
- Bei der Hortbetreuung von Fünft- und Sechstklässlern wird es keine Hortbetreuung in den Ferienzeiten geben. Bei 13 Wochen Schulferien bedeutet das: Keine Vereinbarkeit von Kinderbetreuung und Berufstätigkeit.

DIE LINKE.

Sichtbares Zeichen des Gedenkens an Fred Löwenberg

Am 19. April 2012 wurde ein Stadtplatz in Marzahn-Hellersdorf an der Ecke Cecilienstraße / Wuhlestraße, 12683 Berlin, durch das Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf nach dem Antifaschisten und Sozialisten Ferdinand „Fred“ Löwenberg benannt. Damit wird einem von unserer Fraktion und von der BVV mehrheitlich beschlossener Antrag zur Würdigung von Fred Löwenberg umgesetzt.

Der Antifaschist und Sozialist Fred Löwenberg wurde im Alter von 19 Jahren durch die SS in das Konzentrationslager Buchenwald eingesperrt und gefoltert. Die dort erlebten Verbrechen der Faschisten und die Solidarität der Mitgefangenen prägten ihn stark. Er wirkte bis zu seinem Lebensende am 30. Mai 2004 für die Verwirklichung seines Credo: „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!“.

Nach der Befreiung vom Faschismus gehörte er zu denjenigen, die ihre bitteren Erfahrungen aus den Jahren der Verfolgung zur Grundlage eines neuen politischen Lebens machten. So organisierte er sich bei der Münchener SPD, be-

vor er wegen seiner Kontakte zur SED 1950 aus der SPD ausgeschlossen wurde. Er trat 1956 in die KPD ein und übersiedelte 1969 in die DDR. Nachdem 1990 im Osten Deutsch-

war er einige Jahre verantwortlicher Redakteur der Zeitschrift „Antifa“. Bis zu seinem Lebensende war er Vorsitzender der „Berliner Vereinigung ehemaliger Teilnehmer am Antifaschistischen Widerstand, Verfolgter des Naziregimes und Hinterbliebener e.V.“.

Fred Löwenberg wirkte mit seinem politischen Handeln in unserem Land und war insbesondere in seiner antifaschistischen Arbeit mit jungen Menschen ein wichtiger Gesprächspartner zu den Themen der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Dabei war er unserem Bezirk Marzahn-Hellersdorf besonders verbunden. Er besuchte mit Schülerinnen und Schülern Gedenkstätten des antifaschistischen Widerstandes und konnte ihnen vieles über die menschenverachtende Politik der Nazis berichten. Die Jugendlichen mochten ihn, und er nahm sie und ihre heutigen Probleme ernst.

Mit der Benennung des Platzes nach Fred Löwenberg wird sein Kampf gegen alte und neue Nazis, gegen soziale Ungerechtigkeiten und Krieg gewürdigt.

Klaus-Jürgen Dahler



Enthüllung des neuen Straßenschildes: Fred-Löwenberg-Platz.

Foto: H. Wagner

lands der Interessenverband der Verfolgten des NS-Regimes (IVVdN) gegründet wurde,

Petra Pau (MdB): Fair Wohnen und mehr

„Genossen suchen Genossen“, titelte die sozialistische Tageszeitung „neues deutschland“. Bei facebook hieß es: „Endlich mal eine politische Idee!“ Andere finden sie „populistisch, typisch LINKE.“ Das finde ich auch. Deswegen bin ich dabei: bei der neu gegründeten Genossenschaft „FAIRWOHNEN“. Ich bin also noch mal Genossenschaftsmitglied.

Das erste Mal wurde ich es Mitte der 1990er Jahre. Damals zwang die Bundespolitik alle Wohnungsunternehmen (Ost), Wohnungen zu privatisieren, zu verkaufen. Wenn nicht, dann drohten ihnen drastische Geldstrafen. Ein Ausweg hieß „Genossenschaften“. Die PDS hatte das befürwortet und befördert. Ich wohne noch heute in so einer Genossenschaft.

Nun läuft die zweite Staffel. Bundesfinanzminister Schäuble (CDU) will 11.500 (Ost)-Wohnungen verhökern, die noch im Bundesbesitz sind. Wohnen als Ware, meistbietend. Es werden sich Bieter finden, an der Börse notiert, auf Profit fixiert und ohne jedweden Sinn für Mieterinnen und Mieter.

„FAIRWOHNEN“ bietet mit und sich an. Mit einem dreifach Plus, wie der „Tagesspiegel“ über die neue Genossenschaft und ihr Anliegen schrieb: „Keine Kündigungen, soziale Mieten, weit reichende Mitspracherechte für Mitglieder.“ Kurz und gut, ein Modell gegen preistreibende Finanzspekulanten.

Nur am Rande notiert: Die Vereinten Nationen haben 2012 zum UNO-Jahr der Genossenschaften erklärt. Damit soll auch an Friedrich Wilhelm Raiffeisen und Hermann Schulze-Delitzsch erinnert werden. Beide

wollten Produktives mit Solidarischem verbinden – Genossen für Genossen halt.

„Hat eure Idee denn eine reale Chance?“ Das wurde ich seither mehrfach gefragt. Ich bin keine Prophetin. Aber eines ist doch naheliegend: Die Bundesregierung muss sich politisch entscheiden, zwischen Mietern und

„Es rettet uns kein höh'eres Wesen ...“

..., kein Gott, kein Kaiser noch Tribun“ – so singen wir nach wie vor zumindest am Ende jedes Bundesparteitages. Im Angesicht der aktuell wieder aufflammenden Debatte frage ich mich, ob dies noch ein Bewusstsein für die Notwendigkeit echter Emanzipation, das heißt eines zuerst individuell zu vollziehenden Aktes der politischen und sozialen Selbstbefreiung ausdrückt oder inzwischen nur Teil unseres reichen Reservoirs an unreflektierter Politfolklore ist. Im Angesicht der Fixierung auf die Frage nach dem großen Anführer, scheint mir eher letzteres der Fall.

Die Art und Weise in der dabei über die Frage „Bartsch“ oder „Lafontaine“, der sich noch nicht mal erklärt hat, gestritten wird, erinnert dabei auf vielerlei Weise weniger an strategische Debatten, die einer radikalen, sich auf Marx und Engels berufenden Partei angemessen wären, als vielmehr an die Auseinandersetzungen orthodoxer religiöser Sekten. Dabei geht es nicht nur um die schon messianisch anmutenden Zuschreibungen an die beiden „Protagonisten“; es ist auch die Art

Miethaien – und zwar öffentlich. Niemand kann mehr sagen: „Es gab keine Alternative.“ FAIRWOHNEN bietet sie. Und wie schrieb doch Karl-Marx-Kenner Prof. Dr. Wolfgang F. Haug: „Links ist alles Handeln, das Welt aus dem Reich des Privateigentums zurückgewinnt, ohne sie dem Reich des Staatsapparats auszuliefern“. Und andersherum!

der Auseinandersetzung. Diese ist vielfach geprägt von gegenseitiger Denunziation und Verächtlichmachung. Dabei fehlen darf natürlich auch nicht jeweils ein gerüttelt Maß an Selbstgerechtigkeit.

Vor dem Hintergrund dieses Umgangs untereinander frage ich mich, wie sich irgendjemand darüber wundern kann, warum die Menschen im Allgemeinen und die jungen im Besonderen nicht mehr in der LINKEN eine Lösung für gesellschaftliche Probleme sehen, die so sehr nach einer linken Antwort verlangen. Wir sollten eher froh sein, dass uns nicht mehr schreiend davon laufen. Wenn wir eine ernsthafte gesellschaftliche Alternative sein wollen, muss es uns zuerst gelingen, miteinander einen Umgang zu pflegen, der unseren hehren Ansprüchen an eine bessere Gesellschaftsordnung gerecht wird: solidarisch, offen, kritisch und vor allem geprägt von Achtung und Anerkennung auch abweichender Meinungen.

Hassan Metwally

„Die Natur vor unserer Haustür“

Der zweite meiner thematischen Stadtteilspaziergänge führte am 22. April 2012 durch die Kleingartenanlage „Kaulsdorfer Busch“. Am Sonntagvormittag kamen trotz konkurrierender Veranstaltungen wie der ND-Wanderung und der Ehrung am ersten befreiten Haus an der Landsberger Allee

Am Dienstag, dem 22. Mai, geht es zum Thema: Wo sind unsere Schwalben hin? Zu Problemen von Gebäudebrütern rund ums Wuhletal mit Angele Schonert. Wir treffen uns um 16.00 Uhr in der Unterführung am S+U-Bf. Wuhletal.

13 Gäste. Peter Krause, 2. Vereinsvorsitzender und Gartenfachberater Dr. Eckhard Knuth machten die Teilnehmer/innen mit einer der größten Kleingartenanlagen des Bezirkes (mit über 500 Parzellen) anschaulich vertraut. Schon die neue Benennung nach Baumarten, Gehölze und Vogelarten macht das Konzept deutlich, zur kleingärtnerischen Tätigkeit gehört hier vor allem auch Engagement für die umgebende Natur, in die auch schon Kinder und Jugendliche einbezogen werden. Dennoch ist der Altersdurchschnitt der engagierten GärtnerInnen sehr hoch, Der älteste aktive Gärtner ist immerhin 88. Anschaulich erläutert wurde auch die Geschichte der Anlage. Wie bei vielen in der NS-Zeit entstandenen Anlagen waren anfangs Baumaterial und Bauart der Lauben sowie zu pflanzende

Obst- und Beerengehölze genauestens limitiert, inzwischen legt man das Bundeskleingartengesetz großzügiger aus. Aufgrund des angrenzenden Wasserwerkes befindet sich die KGA in der Trinkwasserschutzzone III, was besondere Anforderungen an die Fäkalienentsorgung und an das Parken der Fahrzeuge bringt. Das „Highlight“ der Anlage sind aber bis zu 50 Vogelarten und ein Naturlehrpfad mit Insektenhotel (siehe Foto), mit Schrifttafeln die auf Gehölze und Vogelarten hinweisen, Nistkästen, deren Benutzung wir „live“ erleben konnten. Am Ende ist immer –außer



montags und dienstags – eine Einkehr im Vereinsheim zu empfehlen. Vielleicht sieht man sich ja auch zum Kinder- und Sommerfest am letzten Juli-Wochenende?

Frank Beiersdorff (Text und Foto)

Vom alltäglichen Wahnsinn mit Hartz IV:

Heute: Sanktionen II

In die Hartz-IV-Sprechstunde kam eine junge Frau. Sie hatte gerade eine Maßnahme des Jobcenters absolviert (hatte also „mitgewirkt“) und war zum 3. Mal sanktioniert worden. Nach einem Umzug, den sie frühzeitig dem Jobcenter gemeldet hatte, erreichte sie eine Einladung zum Jobcenter nicht und sie erschien nicht zum Termin - 1. Sanktion. Als sie wegen akuter Schwangerschaftsbeschwerden erst nachmittags den Arzt aufsuchte, ließ sie sich eine Bescheinigung über den Arztbesuch ausstellen. Das war das falsche Papier, es hätte auch bei einem Tag Abwesenheit eine Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung sein müssen - 2. Sanktion. Inzwischen hat der Arzt ihr ein Beschäftigungsverbot attestiert. Und nach dem 1. Meldeversäumnis wurde nochmals eine Einladung zum Meldetermin geschickt, den sie wiederum nicht erhielt. Bei der 3. Sanktion innerhalb eines Jahres werden die Kosten der Unterkunft (Miete und Heizung) nicht mehr vom Jobcenter bezahlt. Sonderregelungen für Schwangere sind nicht vorgesehen, trotz geltendem Schwangerschaftsschutzgesetz ist dies der Regelfall bei 3 „Sanktionstatbeständen“.

Im Grundgesetz ist festgeschrieben, dass das politische und staatliche Handeln auf die Achtung und den Schutz der Menschenwürde auszurichten ist (Artikel 1) und ein Grundrecht auf

ein menschenwürdiges Existenzminimum (Artikel 20) besteht. Sanktionen führen zwangsläufig zur Unterschreitung des ohnehin zu niedrig angesetzten soziokulturellen Existenzminimums, verbreiten Angst und Existenznot und weisen die Schuld für die Arbeitslosigkeit den Betroffenen zu. Gleichzeitig untergraben sie die Würde der Menschen in Erwerbsarbeit, die aus Angst vor einer solchen Existenznot gezwungen sind, prekäre, unwürdige Arbeitsbedingungen hinzunehmen.

Deshalb hat die Bundestagsfraktion der LINKEN einen Antrag eingebracht, in dem sie u.a. die Abschaffung der Sanktionen im SGB II und stattdessen eine sanktionsfreie Mindestsicherung fordert (BT-Drucksache 17/5174). Die sozialpolitische Sprecherin der LINKEN Bundestagsfraktion, Katja Kipping, beantragte die namentliche Abstimmung, kein Abgeordneter soll sich in seiner Entscheidung hinter seiner Fraktion verstecken können.

Wenn dieser Artikel erscheint, hat die Abstimmung bereits stattgefunden: Der Bundestag lehnte einen Antrag der Linkenfraktion (17/5174) mit 429 Nein-Stimmen bei 68 Ja-Stimmen und 67 Enthaltungen ab.

Siehe auch: http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2012/38737544_kw17_de_hartzIV/index.html

Hartz IV muss weg.

Sonja Hildebrandt

Lernen von Havemann

Es gehört schon zu den Merkwürdigkeiten unserer Zeit, dass gerade der tiefgläubige Kommunist Robert Havemann erneut in den Blickwinkel der Aufmerksamkeit rückt. Allmählich, so der sich vermittelnde Eindruck, wird ihm die Aufmerksamkeit in den neuen Bundesländern zu Teil, die ihm zu seiner Zeit verwehrt worden ist. Schulen, Straßen, „Einkaufszentren“ tragen seinen Namen: Tragödie, Ironie und Farce der Geschichte zugleich. Ausgerechnet das gesellschaftliche System, welches er am meisten ablehnte, hat dieses erst ermöglicht. Doch nur durch die segmentierte Wahrnehmung der Person Robert Havemann wird dies möglich. Prägnant die schon fast mythisch erscheinende Aura des aufrechten Dissidenten - dass Havemann dieser Verklärung Vorschub geleistet hat, wird dabei gerne übersehen -, ebenso die Tendenz, Havemann als „Ökosozialisten“ zu vereinnahmen und politisch zu reaktivieren. Sieht man von der Neuauflage seines Alterswerkes „Morgen. Die Industriegesellschaft am Scheideweg“ einmal ab, so finden sich seine Schriften zwar noch in Antiquariaten, die Mehrzahl jedoch, ökologisch korrekt entsorgt, im Altpapiercontainer. Robert Havemann als Person ist aus dem öffentlichen Gedächtnis verschwunden und ist erneut unter Hausarrest gestellt worden: Dieses Mal im akademischen Elfenbeinturm.

Robert Havemann ist tot, seine entworfenen Konzepte nicht mehr aktuell. Was bleibt ist Robert Havemann u.a. als philosophierender Naturwissenschaftler, „genialer Dilettant“, „Don Quichotte des Sozialismus“, Exzentriker, „tiefgläubiger Marxist“ und Utopist. „Ja, Utopist in dem Sinne, dass ich meine, es ist notwendig für ein



Vorankommen in der geschichtlichen Entwicklung, sich die Aufhebung der eigenen Verhältnisse vorstellen zu können, wie anders die Welt sein könnte als die Welt, in der wir leben.“ Hier liegt vielleicht die wesentliche Bedeutung Robert Havemanns, indem er den utopischen Kern des Marxismus mit zunehmendem Alter in den Vordergrund stellte, bis hin zu der Gefahr des Blickes durch die rosa-rote Brille.

Doch angesichts des Verlustes des utopischen Denkens, vor allem innerhalb der politischen Linken, bleibt nichts anderes übrig, als Robert Havemann auf den Sockel des aufrechten Dissidenten zu erheben und ihn einer künftigen Huldigung erstarrter Rituale der Traditionspflege zu übergeben. „An deinen Augen sah ich, du hattest mich begriffen. Einen Helden kann ich nicht lieben. Deine Verwandlung in ein Standbild will ich nicht erleben. [...] Gegen eine Zeit, die Helden braucht richten wir nichts aus, das wusstest du so gut wie ich.“ (Christa Wolf, Cassandra). Doch warum dann, trotz aller Kritik, über ihn überhaupt eine Zeile verlieren? Weil Robert Havemann eine faszinierende Aura umgibt, mit der es sich auseinanderzusetzen lohnt.

Stefan Große

BBV berät über UN-Behindertenrechtskonvention

Die Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung im April bot durchweg spannende politische Debatten. DIE LINKE hatte die Durchsetzung der UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen zu einem Schwerpunkt gemacht. Aber auch das Dauerthema der Jugendfreizeiteinrichtung am Balzerplatz in Biesdorf sorgte für heftige Auseinandersetzungen.

Klaus-Jürgen Dahler zur UN-Konvention:

Kurz berichtet: Aus dem Bezirksvorstand

Schwerpunkte der Arbeit im April:

- Weitere Mobilisierung für die Unterschriftensammlung zum Volksbegehren Energie; der Linke Treff, Henny-Porten-Straße, ist Ausgabe- und Sammelstelle für Unterschriftlisten. Abgabeschluss bei den Initiatoren des Volksbegehrens ist der 25.6. Aktueller Stand (27.04.12): 10.103 Unterschriften. Bitte beim Unterschriftensammeln helfen!
- Schlussfolgerungen aus der Hauptversammlung, Erarbeiten eines Maßnahmeplans zur weiteren politischen Arbeit des Bezirksverbandes, weitere Beratung dazu im Mai.
- Diskussion zum „Geschäftsstellen-Konzept“ der LINKEN in Berlin. Alle Mitglieder sind gebeten, ihre Vorstellungen einzubringen. Auf der Basiskonferenz der LINKEN. Berlin war auch das ein Thema. Wie schafft es DIE LINKE, wieder attraktiv für Interessierte zu werden? Welche Bedingungen braucht es dazu unbedingt. Reichen unsere Angebote in den Basisgruppen aus. Brauchen wir Neues? Wie präsent muss die Partei in der Stadt, im Bezirksverband auch mit Räumlichkeiten sein? So wie es ist, wird es nicht bleiben (kö-

10 Jahre Heimatverein – aus alt wird neu

Am 18. April wurden sowohl der Vorstand als auch die beiden Kassenprüfer des Heimatvereins von der Mitgliederversammlung einstimmig wiedergewählt! Als Geschäftsführender Vorstand amtierten weiter Wolfgang Brauer, seine Stellvertreterin Dr. Christa Hübner, der Schatzmeister Rainer Rau und der Schriftführer/Pressesprecher Claas Reise. Aus dem vorherigen Vorstand wurden Peter Miehr, Vereinsmitbegründer und Urgestein, sowie Frau Marquardt verabschiedet. Letztere behält aber z. B. bei der Lehnin-Exkursi-



Wurde aus dem vorherigen Vorstand verabschiedet: Vereinsmitbegründer und Urgestein Peter Miehr.
Foto: B. Lehmann

on am 9. Juni „den Hut auf“. Für Herrn Miehr springt in die Bresche Dr. med. Matthias Fischer, gleichfalls Kaulsdorfer. Dieser ist ein Junger im Vergleich zu seinen Vorstandskolleg(innen), die der Kriegs- und Nachkriegsgeneration angehören – Vertreter der so genannten Wen-

den – die Einnahmen aus Mitgliedbeiträgen werden nicht steigen! Brauchen wir in jedem Bezirk ein Mietobjekt? Der Bezirksvorstand sieht das so. Er spricht sich für eine eigene bezirkliche Räumlichkeit aus, wenn erforderlich eine kleinere – d.h. für geringere Miete als bisher. Die Suche danach soll beginnen.

- Im geschäftsführenden Bezirksvorstand werden neben dem Vorsitzenden und den beiden stellvertretenden Vorsitzenden in den nächsten drei Monaten Bärbel Holzheuer-Rothensteiner und Heidi Wagner mitarbeiten.
- Abrechnung der Einnahmen und Ausgaben des Bezirksverbandes im 1. Quartal – beides recht gut im Plan liegend – Nachholbedarf gibt es beim Spendenaufkommen und bei den Mandatsträgerbeiträgen. Diese beiden Einnahmequellen sind es, aus denen der Bezirksverband seine Ausgaben für den laufenden Geschäftsbetrieb und für die politische Arbeit bestreiten muss. Denn die Mitgliedsbeiträge, die leider rückläufig sind, auch wegen sinkender Mitgliederzahlen, werden an den Landesvorstand abgeführt, der daraus u.a. Geschäftsstellenmieten und Personalkosten bezahlt. **Yvette Rami**

auf sich warten. Das berührt das wesentliche im Bericht aufgezeichnete Manko: für eine ordentliche Mitgliedschaft und aktive ehrenamtliche Arbeit konnten keine jungen Menschen im Stadtbezirk gewonnen werden. Auch gelang es bislang nicht, die Arbeitsbeziehungen zu den fünf Schulen, die Kollektivmitglieder sind, dauerhaft und nachhaltig auszubauen. Daher gaben die überaus zahlreich anwesenden öffentlichen Vertreter, angefangen beim Bürgermeister, Herrn Komoß, über die Kulturstadträtin Juliane Witt, und ihre Amtsleiterin Dr. Heike Mewes bis zum Kulturausschussvorsitzenden Olaf-Michael Ostertag, für sich genommen schon große Ehre, doch nur schwachen Trost. Der aktive Mitgliederkern des Heimatvereins sowie seine engen Verbündeten, wie die Museumsleiterin Dorothee Iffland, stimmen zuversichtlich. Wir sind neugierig auf die Herbstaktivitäten (775 Jahre Berlin) und die Projekte der Folgejahre.

Bernd-R. Lehmann

von Menschen mit Behinderungen im Bezirk erfassen soll. Insbesondere im Bereich der baulichen Ausgestaltung des öffentlichen und des öffentlich zugänglich privaten Raumes sehen wir dringenden Nachholbedarf.“

Der Antrag der LINKEN wurde zur weiteren Beratung in den zuständigen Ausschuss überwiesen.

Beim neuerrichteten Jugendklub in Biesdorf ging es weniger sachlich zu. Die Koalition aus CDU, SPD und Bündnis will auch weiterhin die Übertragung an den durch eine Jury ausgewählten Träger „Roter Baum Berlin“ verhindern und fordern eine Neuausschreibung. Eine Beteiligung des Jugendhilfeausschusses wollen die Parteien nicht. Mein Standpunkt dazu: „Es ist ein einmaliger Vorgang im Bezirk, dass der für alle Angelegenheiten der Jugendhilfe zuständige Ausschuss nicht an einem Verfahren zur Übertragung eines Jugendklubs beteiligt wird. Auch völlig unverständlich erscheint mir, dass Bezirksbürgermeister Komoß zu all dem schweigt. Immerhin hatte doch das Bezirksamt, dem bekanntermaßen drei Mitglieder von SPD und CDU angehören, mehrheitlich die Vorlage zur Übertragung der Einrichtung an den im Februar 2012 ausgewählten Träger beschlossen.“

Jetzt wird erst einmal das Rechtsamt den gesamten Sachverhalt prüfen müssen.

Bjoern Tielebein

Kurz informiert: Aus der BBV

Für Mindestlohnbedingungen bei arbeitsmarktpolitischen Instrumenten!

Klaus-Jürgen Dahler:

Auf der Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung am 26. April 2012 wurde ein Antrag der LINKEN für Mindestlohnbedingungen bei arbeitsmarktpolitischen Instrumenten behandelt. Die SPD lehnte in der Debatte einen solchen sozialpolitischen Ansatz mit der Begründung ab. Das Schicksal der Betroffenen und die sozialpolitischen Konsequenzen für unsere Gesellschaft sind den Marzahn-Hellersdorfer Sozialdemokraten offensichtlich völlig egal.

Photovoltaikförderung auch mit Auswirkungen in Marzahn-Hellersdorf?

Frank Beiersdorff:

Es ist die schwarz-gelbe Bundesregierung die mit ihrem Agieren die Krise der Solarwirtschaft verschärft, obwohl gerade jetzt eine aktive Politik zur Förderung erneuerbarer Energien erforderlich wäre. Unsere Kritik gilt aber auch der „rot-roten“-Landesregierung Brandenburgs, deren „Energierategie 2030“ ein kontraproduktiver Kniefall vor der Kohlelobby darstellt. DIE LINKE Marzahn-Hellersdorf unterstützt nach wie vor die Idee eines Clean Tech Business Parkes und tritt zugleich für Maßnahmen ein, die Region zu einer beispielhaften „Solarkommune“ zu entwickeln.

Mehr zu diesen Themen unter:

www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de/linksfraktion/aktuelles/

Manuela Schmidt (MdA) Rot-schwarzer Lärm um nichts

Im Geld kulminieren die Interessen, die politischen Ziele der gesellschaftlichen Kräfte. Nicht zufällig hat Karl Marx so viel Kraft der Theorie vom Geld gewidmet, die uns auch heute Antworten auf die Krise des Kapitals gibt. Im Berliner Abgeordnetenhaus heißt der für die Finanzen und den Landeshaushalt zuständige Ausschuss HAUPTAUSSCHUSS, ist also das Nonplusultra aller Ausschüsse – als LINKE sind wir dort mit drei Abgeordneten vertreten – Carola Bluhm, Wolfgang Brauer und ich – drei von insgesamt 27. Dort mühen wir uns um Positionen, die wir in den zehn Jahren Rot-Rot errungen haben und unter Rot-Schwarz Gefahr laufen, dass sie verloren gehen – das sind zum Beispiel unsere Verdienste um den vorbildlichen Ausbau der vorschulischen Bildung und Erziehung. Und wir setzen als linke, sozialistische Partei neue Schwerpunkte – wir fordern Lösungen gegen die zunehmende Verdrängung von Menschen mit geringen und mittleren Einkommen aus den Innenstadtbezirken.

Was den weiteren Ausbau von Kitaplätzen betrifft, wäre es lobenswert, dass die rot-schwarze Koalition dafür 20 Mio. Euro bereitstellen will. Wir konstatieren jedoch, dass diese zwanzig Millionen Euro nur für wenige tausend Plätze reichen. In Berlin benötigt werden jedoch ca. 19.000 Kita-Plätze! Überhaupt: Der politisch so gewichtige Ausschuss verweigert im Haushaltsplan 2012/2013 jegliche Aussage zu dem Mangel an Erzie-

herinnen und für den geplanten Ausbau der Hortbetreuung in den fünften und sechsten Klassen!

In den Kiezen unserer Stadt bezahlbaren Wohnraum finden und dass „alteingesessene“ Mieterinnen und Mieter nicht ihre Kieze verlassen müssen, weil sie die Miete nicht mehr bezahlen können – das sind linke Forderungen, um die wir als Opposition ringen. Das gilt für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt und für die, die sich neu für unsere Stadt entscheiden. Für jemanden, der seit 30 Jahren im Prenzlauer Berg wohnt, ist es eben nicht zumutbar, gezwungenermaßen nach Spandau zu ziehen. Und Berlin bleibt auch nur sozial, wenn es gelingt, die soziale Mischung in den Kiezen zu erhalten. Aussagen zu dem drängenden Problem der Mieten- und Wohnungspolitik suche ich bei den vom Senat aufgeführten Schwerpunkten der Haushaltspolitik vergeblich.

Entgegen den vollmundigen Ankündigungen der selbsternannten „Bezirksfreunde“ in den Koalitionsfraktionen, den Bezirken 50 Mio. Euro zusätzlich zur Verfügung zu stellen, findet sich dieses Geld nicht im Haushalt wieder.

Ich werde meine Stimme im Hauptausschuss für eine bürgernahe Politik einsetzen. Dass sich der Senat gegenüber Rot-Rot als allererstes vier zusätzliche Staatssekretäre geleistet hat, zeugt von falschen Prioritäten – „Sparen sollen mal die anderen!“.

Neu: Busbahnhof am S-Bahnhof Marzahn

Am 28. April 2012 wurde durch Bezirksstadtrat Christian Gräff und BVG-Vorstandsvorsitzende Sigrid Nikutta der neugestaltete Platz vor dem Eastgate eröffnet. Anwesend waren auch Petra Pau (MdB), Bezirksstadträtin Julia Witt und als Vertreter der Bürgerinitiative Bodo Lützenberg. Ab 2. Mai werden dann auch wieder die Busse halten und abfahren. Die neuen Haltestellen



sind behindertengerecht umgebaut worden. Bis zum Sommer wird dann auch das neue BVG-Gebäude fertiggestellt, dort kann man Fahrkarten, Stadtpläne und Souvenirs kaufen

und einen Kaffee trinken. In der relativ kurzen Bauzeit von neun Monaten, wie Frau Nikutta

betonte, wurde der alte Busbahnhof neu gestaltet, der vor fast genau 22 Jahren eröffnet worden war.

Renate Schilling (Text und Foto)

Reisebericht: Aserbaidschan (Teil 1)

Spätestens seit dem Eurovision Song Contest (ESC) im vergangenen Jahr weiß auch der letzte Fan hochwertiger Unterhaltungsshows, dass dieses Land wirklich existiert. Immerhin gewann das Gesangsduo Ell & Nikki mit „Running Scared“ den Song Contest 2011 und holte somit den diesjährigen ESC nach Baku. Nicht nur aus diesem Anlass besuche ich im Mai für zehn Tage dieses Land. Denn ansonsten ist wenig bekannt über die frühere sowjetische Kaukasus-Republik am Kaspischen Meer. Dabei gibt es viele interessante Details, die durchaus beachtenswert sind: Seit der Unabhängigkeit des Landes im Jahr 1991 prosperiert die Wirtschaft, vor allem durch neu erschlossene



Schriftstellerdenkmal in Baku
Foto: privat

Rohstoffquellen. Gleichzeitig verhindert ein hoher Grad an Korruption, dass der Wohlstand gerecht unter der Mehrheitsbevölkerung aufgeteilt wird. Einerseits existiert eine umfassende Solidarität innerhalb der aserbaidschanischen Bevölkerung, was vor allem der überwundenen sowjetischen Zwangsvereinigung geschuldet ist, andererseits ist das Land tief gespalten, wenn es um die Beziehungen zu den benachbarten Armenierinnen und Armeniern geht. Rund 95 % der Bevölkerung bekennen sich zum Islam, trotzdem spielt Religion im Alltag und in der Politik keine große Rolle und fundamentalistische Auswüchse sind weitestgehend marginalisiert. Besonders auffällig ist, dass die aserbaidschanische Gesellschaft traditionell resistent gegen jede Form des Antisemitismus ist. Mit der Eröffnung der Synagoge in Baku 2003 wurde z. B. erstmals in einem mehrheitlich muslimischen Land ein jüdisches Gotteshaus neu errichtet.

Mein Hauptinteresse bei der Reise gilt jedoch der aktuellen Menschenrechtssituation. „Reporter ohne Grenzen“ führt Aserbaidschan auf ihrer Rangliste der Pressefreiheit auf Platz 152 von 179 und liegt somit noch hinter Afghanistan. Das Regime von İlham Əliyev, Sohn des Staatsgründers Heydər Əliyev, festigte in Reaktion auf den „Arabischen Frühling“ seine Machtstrukturen und erscheint heutzutage mehr als Präsidialdemokratie. Die aktive aserbaidschanische Zivilgesellschaft will nun das durch den ESC entstandene internationale Interesse nutzen, um mit „Sing for Democracy“ auf die Menschenrechtssituation in ihrem Land aufmerksam zu machen. Noch ist unklar, ob und wie die Staatsgewalt versuchen wird, dies zu verhindern. (... Fortsetzung folgt!)

Sebastian Kahl

Wir helfen:

10 Kinder ins Ferienlager!

!! Kinder aus Familien mit ALG II oder Geringverdiener erhalten von uns einen Reisekostenzuschuss von 60 Euro für die Ferienlager in Prieros !!

LARES e.V. veranstaltet in Prieros bei Königs Wusterhausen in Kooperation mit der KJF-Erholung Prieros und F&F-Reisen erneut unser Ferienlager 2012.

Gefördert wird dies durch Gewerbetreibende und die BO 51 in Marzahn NordWest.

Die Teilnehmer der Berliner Basiskonferenz haben uns bereits unterstützt, auch die Hauptversammlung Marzahn-Hellersdorf.

Weitere Spenden an LARES e.V. sind willkommen:

Konto-Nr.: 6600424204 / Berliner Sparkasse / BLZ 10050000 - Verwendungszweck: Spende Sommercamp 2012.

Unser Ferienlager bietet als „Natur und Kanucamp“ für alle Kinder viel Spaß und Erholung direkt am Hutschensee.

Unterbringung: Feste Häuser oder Bungalow, Mehrbettzimmer, einfache Ausstattung, inkl. Bettwäsche, WC/Du auf den Etagen/zentral. Alter: 6 - 14 Jahre Eigene An- (16-17 Uhr) und Abreise (9-10 Uhr), **inklusive: Vollverpflegung, Rundum-Betreuung und Freizeitprogramm. Programmgestaltung, Sport- und Spielgeräteverleih.**

Bettwäsche, Kanutouren, Ausflüge - **alles bereits im Reisepreis enthalten.**

Reise	Zeit	Preis / gefördert
PRS 017112 / 217112	30.06. - 07.07.12	222,-€ / *162,-€
PRS 027112 / 227112	07.07. - 14.07.12	222,-€ / *162,-€
PRS 037112 / 237112	14.07. - 21.07.12	222,-€ / *162,-€
PRS 047112 / 247112	21.07. - 28.07.12	222,-€ / *162,-€

Verlängerungswoche nur 212,00 Euro

Nachfragen und Buchung:

unter www.laresev.de, www.ff-reisen.de

oder Telefon: 030 9349 22 05 oder www.kjf-prieros.de und im F&F-Reisebüro im Havemann-Center (Flämingstraße 122)

* Wir suchen noch Betreuer

für unser Ferienlager in Prieros 2012*

Ihr habt Spaß daran, mit Kindern zu arbeiten, seid unternehmungslustig und könnt gut organisieren? Dann bewirbt euch bei uns als Betreuer.

Voraussetzungen für Betreuer bei F&F

Du musst zum Zeitpunkt der Betreuung 18 Jahre alt sein, Verantwortungsbewusstsein, Selbstständigkeit, Teamfähigkeit und Durchsetzungsvermögen, Spaß an der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen, Fähigkeit Sachverhalte (Belehrungen, Regeln und Normen, eigene kreative, handwerkliche oder künstlerische Fähigkeiten) leicht verständlich zu vermitteln, erfolgreiche Teilnahme an der F&F-Betreuer-Schulung in Prieros, Teilnahme an einem Informationsgespräch (für Erstbetreuer), Teilnahme am Vorbereitungstreffen für den jeweiligen Durchgang.

Der Einsatz als Betreuer kann als Praktikum für pädagogische Berufe, Studium oder Ausbildung angerechnet werden.

Habt Ihr Fragen oder wollt Euch bewerben?

Reisebüro F&F Reisen Flämingstraße 122, 12689 Berlin
Tel.: 93 49 22 05/06 / Fax: 07; E-Mail: rb@ff-reisen.de
Internet: www.ff-reisen.de (optimiert für Internetexplorer)
LARES e.V. c/o S. Fahrenkrog-Petersen
E-Mail: vorstand@laresev.de Web: www.laresev.de

Anrühige Statussymbole

Laura Fritsche beim „Gesellschaftspolitischen Forum“

Im asiatischen Raum ist Nepal das ärmste Land, unlängst hinter Bangladesch zurückgefallen. Seit dem Ende eines fast zehnjährigen Bürgerkriegs und den zaghaften Gehversuchen einer parlamentarischen Demokratie ist die Stromversorgung bis auf wenige unzuverlässige Stunden täglich zusammengebrochen. Unglaubliche Müllberge türmen sich auf - das Land wurde mit Konsumgütern aus Plastik überschwemmt, ohne eine entsprechende Müllentsorgung zu etablieren. Die Arbeitslosigkeit ist hoch, die multiethnische und politische Zersplitterung sorgt für beständiges Chaos. Auf den Dörfern gilt es als Statussymbol, vor dem Eingang zur Hütte einen möglichst großen Haufen Exkremente präsentieren zu können: Seht her, wir haben gegessen!

Nach solchen Berichten erfolgt für gewöhnlich sofort ein Reflex bei BürgerInnen der „entwickelten Welt“: Denen muss doch zu helfen sein! Und so tummeln sich alle möglichen Hilfsorganisationen in Nepal, die bei der Suche nach Projektpartnern vor Ort häufig auf immer dieselben geschäftstüchtigen „Wohltäter“ stoßen. Das Bedürfnis, helfen zu wollen, lockt Freiwillige aus der ganzen Welt nach Nepal.

Eine dieser Freiwilligen ist Laura Fritsche, 23, Studentin aus Marzahn, die über das „Weltwärts“-Programm über ein Jahr in Nepal verbracht hat und regelmäßig wieder dorthin reist. In dem Waisenhaus, in dem sie arbeitete, gab es zwei Welten: Ein perfekt eingerichtetes Spielzimmer, das fast immer abgeschlossen war, und elende, verschmutzte Baracken, in denen die Kinder untergebracht waren. Beinahe ein „vorher-nachher“-Werbekonzept: Das Elend wird vorgezeigt, um Spendenbereitschaft zu erzeugen, und das Spielzimmer wird als Ergebnis präsentiert. Dabei wandern die Spenden nahezu vollständig in die privaten Taschen des Managements, das sich davon regelrechte Villen privat errichtet hat. Die meisten Kinder waren überdies keine Waisen, sondern wurden ihren Eltern abgeschwatzt mit dem Versprechen auf eine gute Ausbildung. Oft zahlten die Eltern ein Vermögen für dieses Versprechen, um dann ihre Kinder nie wiederzusehen. Obwohl Auslandsadoptionen nach internationalen Regeln nur die allerletzte Option sein sollen, sind sie in Nepal die überwiegende Regel. Hier floriert ein Geschäft mit dem Elend, und nur selten wird von Hilfsorganisationen genau hingeschaut. Zumindest das Waisenhaus, in dem Fritsche tätig war, erhält von ihrer Organisation keine Zuwendungen mehr.

Olaf Michael Ostertag

Am 8. Mai um 19 Uhr im KulturGut, Alt-Marzahn 23: Marzahner Gesellschaftspolitisches Forum mit dem Thema „Die Präsidentschaftswahlen in den USA - Chancen und Risiken“. Als Referent ist Dr. Claus Montag, von 1975-78 im diplomatischen Dienst an der DDR-Botschaft in Washington, zu Gast bei Dr. Wolfgang Ginnus.

Aus den Siedlungsgebieten

Zwischen Balzerplatz und Wuhlewanderweg

Unsere Fraktion hat sich in den letzten Wochen intensiv mit Stadtentwicklungsmaßnahmen in den bezirklichen Siedlungsgebieten befasst. So setzten wir uns im Ausschuss für Siedlungsgebiete, Verkehr und Landschaftsplanung für eine Geschwindigkeitsbegrenzung in der Oberfeldstraße im Bereich zwischen Cecilienstraße, Ketschendorfer Weg und Annenstraße tagsüber auf 30 km/h ein. Wir treten dafür ein, dass der Wuhlewanderweg für Fußgänger und Radfahrer endlich durchgängig gestaltet wird. Dort, wo Querungsmöglichkeiten an Hauptverkehrsstraßen nicht in absehbaren Zeiträumen baulich realisiert werden, sollen zu zumindest Leitsysteme die Orientierung erleichtern und das sichere Überqueren der Hauptverkehrsstraßen ermöglichen. Dabei ist eine Finanzierung aus der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ und dem Programm „Aktionsräume plus“ zu prüfen und gegebenenfalls zu gewährleisten. Ein besonderer Diskussionspunkt ist die künftige Gestaltung und die Einrichtung einer generationsübergreifenden Jugendfreizeiteinrichtung am Balzerplatz in Biesdorf-Süd. Hier haben CDU, SPD und Grüne ein Juryverfahren des Bezirksamtes gekippt. Sie streben eine Neuausschreibung an. Ich konnte mich bei der Akteneinsicht davon überzeugen, dass die Ausschreibung und Bewertung völlig korrekt und rechtmäßig vorgenommen wurden. Noch wird an der Einrichtung gebaut. Wir haben ein großes Interesse an der Fertigstellung und Übergabe der Einrichtung. Wir werden darauf drängen, dass der Jugendhilfeausschuss entsprechend Kinder- und Jugendhilfegesetz und der Hauptausschuss an der Prüfung des Sachverhaltes und des Verfahrens beteiligt werden. Der eigentliche Skandal liegt wohl darin, dass CDU, SPD und Grüne der Verwaltung Parteilichkeit unterstellen. Sie wollen auf sich auf Kosten unserer Bezirksstadträtin Julia Witt profilieren. Wir werden ihnen das nicht durchgehen lassen.

Klaus-Jürgen Dahler, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE

„Gute Noten in der Schule - schlechte Chancen im Beruf?“

Unter diesem Motto fand auch in diesem Jahr am vierten Donnerstag im April der Mädchen-Zukunftstag, der sogenannte Girls' Day, statt. Es ist ein Aktionstag, der sich an Mädchen in den Klassen 5 bis 10 richtet. Sie sollen die Möglichkeit bekommen, einen Einblick in jene Berufsfelder zu gewinnen, welche üblicherweise von Männern dominiert sind. Im Fokus stehen dabei besonders die technischen und naturwissenschaftlichen Berufe. Ziel ist es, Mädchen zu ermutigen, ihrer vielfältigen Begabungen auch in diesen Bereichen auszuschöpfen und dabei Rollenklischees abzubauen.

Auch die Politik ist nach wie vor eine Männerdomäne. Daher hat die Linksfraction im Berliner Abgeordnetenhaus auch in diesem Jahr wieder 25 Mädchen eingeladen, den politischen Alltag der Parlamentarierinnen näher zu erkunden. Das Motto lautete diesmal „Planen und Bauen – Berufe für Frauen!“. Katrin Lompscher, Städtebauerin und ehemalige Senatorin, gab dabei Auskunft über ihren persönlichen Werdegang und die Wege für Frauen, ihren Traumjob in der Baubranche finden zu können. Ich habe die Mädchen an diesem Tag bei einer spannenden Führung durch das Berliner Abgeordnetenhaus begleitet. Es folgte eine angeregte Gesprächsrunde mit Abgeordneten der Linksfraction und



beim anschließenden Quiz gab es themenspezifische Preise zu gewinnen. Mädchen, die nach diesem umfangreichen Programm noch Lust hatten, nutzten die Gelegenheit die Plenarsitzung des Parlaments live zu erleben.

Als gleichstellungspolitische Sprecherin der Linksfraction in der BVV Marzahn-Hellersdorf war es mir eine besondere Herzensangelegenheit diesen Girls' Day aktiv zu unterstützen. Immer noch stoßen Frauen und

Mädchen in ihrem beruflichen Werdegang allzu oft an die Grenzen der Chancengleichheit und werden von sogenannten gläsernen Decken in der Karriere gebremst. Geschlechtsspezifische Rollenzuschreibungen müssen endlich der Vergangenheit angehören. Dazu ist der Girls' Day ein wichtiger Beitrag, vor allem aber brauchen wir ein gesamtgesellschaftliches Umdenken.

Sarah Fingarow

Wer regiert das Geld?

Die Kapitalismuskritik steht derzeit hoch im Kurs, ja man kann fast sagen, sie hat Hochkonjunktur. Und moderne Kapitalismuskritik ist notwendiger denn je. Warum zum Beispiel ist ein hoch verschuldeter Staat oder ein insolventes Kreditinstitut hilfsbedürftiger als ein verschuldeter Mensch? Wieso führt der technologische Fortschritt der letzten Jahrzehnte nicht zu einer sinnvollen Arbeitszeitverkürzung, sondern zum Gegenteil? Diese und weitere Themen bieten ein breites Feld für Kapitalismuskritikerinnen und -kritiker. Jedoch ist nicht jede Kritik per se fortschrittlich, nur weil sie den Kapitalismus als Gegenstand hat.

Kritik an reaktionärer bzw. regressiver Kapitalismuskritik war der Inhalt einer gemeinsamen Veranstaltung des AK Antisemitismus der Rosa-Luxemburg-Stiftung und des LAK „Shalom“ der Linksjugend-Berlin bei der Antonio-Amadeu-Stiftung am 13. April 2012. Der Hauptkritikpunkt an regressiven Antikapitalistinnen und Antikapitalisten, à la Jürgen

Elsässer, ist, dass der Kapitalismus in ihrer Argumentation nicht als Gesellschafts- und Wirtschaftssystem verstanden wird, als ein Perpetuum Mobile der Profitmaximierung, sondern er wird moralisiert und personalisiert. Diese Problematik lässt sich am deutlichsten durch die „Wir sind die 99 %“-Losung der Occupy-Bewegung veranschaulichen. Die Grundannahme beruht hierbei darin, dass eine überwältigende Mehrheit (99 %) existiert, welche von einer winzigen Minderheit (1 %) beraubt, geknechtet und unterdrückt wird und diese deswegen bekämpft. Und dieses eine Prozent, ist die personifizierte „Finanzelite“.

Nur welche Menschen steuern letztendlich die Machenschaften des Finanzkapitals und was macht man jetzt mit diesem einen Prozent? Und genau an diesem Punkt besteht die Gefahr, dass berechnete Kapitalismuskritik in gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit umschlägt, genährt von Verschwörungstheorien. Praktische Beispiele hierzu lassen sich

auf zahlreichen Occupy-Demonstrationen in den USA finden. Ob nun einige Demonstrantinnen und Demonstranten die Todesstrafe für den Chef der amerikanischen Notenbank Fed, Ben Bernanke, fordern oder andere Teilnehmerinnen und Teilnehmer vermuten, dass „J€W\$“ die Wall Street beherrschen; beides ist hierbei Ausdruck einer menschenverachtenden Ideologie und nicht Bestandteil des Entwurfes einer alternativen Gesellschaftsordnung.

Als moderne Linke stehen wir hingegen in der Verantwortung, realistische Antworten auf Krisen wie die derzeitige zu finden. Es lohnt sich gerade jetzt für die Regulierung und Besteuerung von internationalen Finanztransaktionen zu streiten und die Eigentums- und Demokratiesierungsfrage, im Kontext der Wertschöpfung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, in Unternehmen neu zu stellen.

Sebastian Kahl

67. Jahrestag der Befreiung

» **5.5. Kranzniederlegungen** anlässlich des 67. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus:

10.00 Uhr, Parkfriedhof Marzahn, Wiesenburger Weg

11.30 Uhr, Gedenkstätte Brodauer Straße in Kaulsdorf

Thema Rechtsextremismus

» **8.5., 19 Uhr**, Kino „Kiste“, Heidenauer Str. 10, 12627 Berlin, Vortrag und Diskussion: „**Mit Zivilcourage gegen Nazis**. Die Bundesrepublik und der Umgang mit rechtem Terror“, **Markus Bernhard**, Journalist und Autor, im Gespräch mit Dr. Gabriele Hiller (Mda)

» **10.5., 17 Uhr**, Stadtteilzentrum Marzahn-Mitte, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin, Vortrag „**Das wird man ja wohl noch sagen dürfen ...!**“ – Rechtsextremismus = Rechtspopulismus? mit anschließender Diskussion, Referent: Dr. Thomas Bryant (Polis* – Bezirkliche Koordinierungsstelle gegen demokratiegefährdende Phänomene und Rechtsextremismus Marzahn-Hellersdorf), Grußworte: Juliane Witt (Bezirksstadträtin für Jugend, Familie, Weiterbildung und Kultur) & Elena Marburg (Integrationsbeauftragte). Um vorherige Anmeldung (Telefon: 030 9989502; E-Mail: msd@volkssolidaritaet.de) wird gebeten.

Politische Bildung

» **8.5., 19 - 21 Uhr**, KulturGut Marzahn, Alt-Marzahn 23, 12685 Berlin, Thema: „**Die Präsidentschaftswahlen 2012 in den USA Chancen und Risiken**“, Referent: **Prof. Dr. Claus Montag**, Moderation: **Dr. Wolfgang Girnus**; eine Veranstaltung des Marzahner Gesellschaftspolitischen Forums im Verein Helle Panke e.V., Eintritt 1,50 Euro

Stadtteilspaziergang „Natur vor der Haustür“

22.5., 16 Uhr, Treffpunkt: S+U Wuhletal, Unterführung; mit **Angele Schonert (NABU)**, „**Wo sind unsere Schwalben hin?**“ – Mehlschwalben und andere Gebäudebrüter und ihre Probleme ...

Hinten links

Vor dem 67. Tag der Befreiung

Die Bundeswehr – derzeit rund 183.000 Berufs- und Zeitsoldaten plus 76.000 Zivilbeschäftigte – hat intern die Strukturreform und extern seit 1992 Auslandseinsätze zu bewältigen.

Der Transformationsprozess zur Berufsarmee ist in vollem Gange, die technische Hochrüstung gleichfalls.

Zeitgleich befinden sich rund 7.500 deutsche Soldatinnen und Soldaten in weltweitem Einsatz; am nächsten auf dem Balkan (KFOR) – am weitesten in Afghanistan (ISAAF), im Kongo und Indischen Ozean. In den vergangenen zehn Jahren kamen allein in Afghanistan 52 Bundeswehrsoldaten ums Leben, mehr als 300 wurden verwundet.

2011 erreichte die Zahl traumatisierter Soldaten den Höchststand von 922, davon in Afghanistan 759.

Frage

Sind die Anfang 2011 noch vakanten 20 der gesamt 44 Planstellen in der Bundeswehr für Psychiater und medizinische Psychologen inzwischen besetzt?

R. Rüdiger

Bezirksvorstand

» **15.5., 5.6., 19.6.** jeweils **19.30 Uhr** Beratung des Bezirksvorstandes, Linker Treff, Henny-Porten-Str. 10-12, 12627 Berlin, weitere Termine unter www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de/politik/termine/

Basisgruppensprecher-Beratungen

» **6.6.**, 19.30 Uhr (BO Marzahn) Kieztreff interkulturell, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin / *Achtung: Biesdorfer Beratung entfällt – dafür Treffen im Wahlkreis 4 – nächste Rubrik*

» **7.6.**, 19.30 Uhr (BO Hellersdorf) Henny-Porten-Str. 10-12, 12627 Berlin

Treffen (GMV) im Wahlkreis 4

» **5.6., 17.30 Uhr**, Theater am Park, Frankenholzer Weg 4, 12683 Berlin, Versammlung **aller** im Wahlkreis 4 wohnenden **Mitglieder** mit Regina Kittler (Mda)

Frauenforum (Achtung neuer Termin)

» **14.5., 18 Uhr**, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, alle Genossinnen und Sympathisantinnen sind herzlich eingeladen

Sprechstunden

» **3.5., 7.6.** jeweils **17 Uhr**, **Dr. Manuela Schmidt** (Mda), Stadtteilzentrum, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin

» **8.5., 19 - 20.30 Uhr**, **Wolfgang Brauer** (Mda), **Petra Wermke** und **Janine Behrens** (beide BVV), Bürgerzentrum Marzahn-Nordwest, Wörlitzer Straße 3a, 12689 Berlin

» **21.5., Regina Kittler** (Mda) und **Dagmar Pohle** (stellv. Bezirksbürgermeisterin): **15.30 Uhr**, Stadtteilzentrum Marzahn-Süd, Marchwitzstraße 24 – 26, 12681 Berlin, **17.00 Uhr**, Haus pro social, Blumberger Damm 12 – 14, 12683 Berlin

» **21.5., 17 - 18 Uhr**, **Dr. Gabriele Hiller** (Mda), Frauentreff Matilde, Stollberger Str. 55, 12627 Berlin

» **6.6., 16 - 18 Uhr**, **Petra Pau** (MdB), Wahlkreisbüro Henny-Porten-Str. 10-12, 12627 Berlin, tel. Anmeldung unter 030 99289380

» jeden **Donnerstag, 10 - 13 Uhr**, **Klaus-Jürgen Dahler** (BVV-Fraktionsvorsitzender der LINKEN), Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, für soziale Akteure und Hilfe für Arbeitslose

Siehe auch: www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de/politik/termine/

BVV-Fraktion

» **Sprechstunde der Fraktion DIE LINKE** im früheren Marzahner Rathaus, Helene-Weigel-Platz 8 (Raum 312), 12681 Berlin: Mo 16 - 19 Uhr, Di 10 - 18 Uhr, Mi 14 - 18 Uhr, Do 14 - 18 Uhr, Telefon 54431890

Geschäftsstelle und Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12
(fon: 5412130/9953508 - fax: 99901561)

Öffnungszeiten:

Montag 13 - 17 Uhr

Dienstag: 10 - 17 Uhr

Donnerstag: 10 - 18 Uhr

Freitag: 10 - 13 Uhr

Geschlossen: jeden Mittwoch sowie am 18.5.2012

Impressum **Marzahn-Hellersdorf links**

Herausgeber: DIE LINKE. Berlin. V.i.S.d.P.: Yvette Rami. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion wieder. Veröffentlichungen unter „Post an uns“ (Leserzuschriften) sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Die Redaktion behält sich das Recht Sinn wahrender Kürzungen von Beiträgen vor.

Layout: Yvette Rami

Anschrift der Redaktion: Henny-Porten-Str. 10-12, 12627 Berlin
fon: 030 5412130, fax: 030 99901561.

Internet: www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de

E-Mail: bezirk@dielinke-marzahn-hellersdorf.de

Redaktionsschluss: 30.04.2012. Auslieferung ab: 02.05.2012. **Druck:** Eigendruck. „**Marzahn-Hellersdorf links**“ wird aus Spenden seiner Leserinnen und Leser finanziert. Empfehlung: 35 Euro-Cent. Die nächsten Ausgaben erscheinen am 07.06., 05.07. und 06.09.2012.